
Veranstaltungsbericht

„Die UNO zwischen den G20-Gipfeln“

13. Mai 2009, 11.00-16.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Zur Vorbereitung der von 1.-3. Juni angesetzten UN-Konferenz zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise führte die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit dem *Global Policy Forum Europe* und *terre des hommes* ein Fachgespräch mit Vertretern der Bundesregierung und der Zivilgesellschaft durch. Die UN-Konferenz soll sich vorrangig mit den dramatischen Folgen der Krise für die Länder des Südens und mit der Verwirklichung der vereinbarten Entwicklungsziele befassen. Das Fachgespräch gab den Vertretern der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, sich zum aktuellen Stand der Verhandlungen zu informieren und Anregungen an die Adresse der Bundesregierung zu formulieren.

Grundlage der Diskussion waren drei für die Vorbereitung der UN-Konferenz zentrale Dokumente, und zwar der vorläufige Bericht der Stiglitz-Kommission, die von den Fazilitatoren abgestimmte Verhandlungsgrundlage für das Abschlussdokument sowie ein vom Präsidenten der Generalversammlung (PGA), Miguel d'Escoto Brockmann, kurzfristig zirkulierter Text, der inhaltlich deutlich über den Fazilitatorenentwurf hinausgeht. Letzterer wurden von den anwesenden NGO-Vertretern zum Teil begrüßt, die EU lehnt die Vorschläge des PGA nach Auskunft der Vertreter des BMZ jedoch, u.a. aus prozeduralen Gründen, ab.

Jürgen Zattler (BMZ) fasste eingangs die Vorschläge der Stiglitz-Kommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems zusammen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung standen die Fragen UN-Reform, Entschuldung, Internationale Steuerkooperation und Innovative Finanzierungsinstrumente im Mittelpunkt, wobei die Kurzvorträge der BMZ-Vertreter von Thomas Manz/FES (UN-Reform), Jürgen Kaiser/Erlassjahr (Entschuldung), Gregor Stoll/Miseror (Steuerkooperation) und Eva Hanfstängl/Freie Beraterin (Innovative Finanzierungsinstrumente) kommentiert wurden. Folgende Punkte standen im Zentrum der sich anschließenden Diskussion:

Institutionelle Reformen (UN)

- Die Kohärenz zwischen Initiativen der G20 und der Vereinten Nationen ist zu verbessern, die UN-Konferenz bietet dazu eine wichtige Gelegenheit.
- Das Gros der Reformdynamik geht im Moment von der G20 aus. Die Vereinten Nationen sollten diesen Prozess ergänzen.
- Unter den zahlreichen Vorschlägen für neue Institutionen unter dem Dach der UN ist die Einführung eines in Funktion und Zuschnitt dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ähnlichen Expertengremiums am wahrscheinlichsten. Zur Einführung eines (von BK'in Merkel) geforderten, Weltwirtschaftsrats bei den UN gibt es aktuell unterschiedliche Vorstellungen über dessen institutionelle Anbindung, nämlich ob ein solches Gremium dem ECOSOC unterstellt und von der Generalversammlung kontrolliert, oder diesen Institutionen gleichgestellt werden sollte.
- Die in den Dokumenten formulierten Vorschläge zur Reform des ECOSOC bleiben vage, die Vorschläge des UN Coherence Panels wurden nicht berücksichtigt. Ein Bezug zum Monterrey-Nachfolgeprozess fehlt gänzlich.
- Die vielen, in Teilen radikalen Vorschläge des PGA bergen die Gefahr, dass der UN-Prozess über die Auseinandersetzung mit diesen Vorschlägen insgesamt ins Stocken gerät.

Verschuldungsproblematik

- Die Krise wird den globalen Süden zwar mit Verspätung, aber mit unverminderter Härte treffen. Die Konjunkturprogramme und Bail-Outs des Nordens können dabei verschärfend wirken. Dieser Umstand und eine zunehmend expansive Fiskalpolitik in den Entwicklungsländern dürften die Verschuldungsproblematik verschlimmern. Das BMZ hat von der Weltbank aktuelle Projektionen in Auftrag gegeben und die Verschuldungsfrage in die Agenda der Herbstsitzungen hineinverhandelt. Da die Kreditindikatoren im Moment noch stabil sind, wartet das BMZ allerdings zunächst die neuen Zahlen ab. Dies wurde von NGO-Seite kritisiert.
- Von den BMZ-Vertretern wurde die Position bestätigt, dass die von den G20 für die Low Income Countries (LIC) vorgesehenen Mittel konzessionär (grant-based) verfasst sein sollen.
- Jürgen Kaiser/Erlassjahr wies auf die Gefahr hin, dass das Debt Sustainability Framework („Bestrafung“ für zu hohe Schuldenaufnahme in LIC durch Entzug von IDA-Mitteln) in der Bundesregierung zu der Fehleinschätzung geführt habe, dass Schuldenkrisen in der Zukunft damit m.o.w. ausgeschlossen seien.
- Zum Vorschlag eines internationalen Insolvenzmechanismus gehen die verschiedenen Verhandlungsdokumente unterschiedlich weit. NGO-Vertreter forderten das BMZ auf, auf ein am Sovereign Debt Restructuring Mechanism (SDRM) orientiertes Instrument hinzuwirken.

Internationale Steuerkooperation

- Die Stiglitz-Kommission empfiehlt eine Regulierung und Sanktionierung von on- und off-shore Steueroasen.
- Steuerhinterziehung ist auch in Entwicklungsländern ein notorisches Problem. Der G20-Prozess hat dem Thema neue Dynamik verliehen. Die Frage ist, wie die EWL besser beteiligt werden können.
- Ein Abkommen entlang des in der Doha-Runde verhandelten Global Tax Compact vorgezeichneten Linien bleibt nach Meinung der Anwesenden erstrebenswert. Die mögliche Implementierung eines automatischen Informationsaustauschs auf globaler Ebene (ähnlich der EU-Praxis) wurde hingegen kontrovers diskutiert.

Innovative Finanzierungsinstrumente

- Die Fülle an Vorschlägen droht die Ausgestaltung innovativer Finanzierungsinstrumente zu behindern, da die einzelnen Regierungen unterschiedliche Modelle favorisieren (Ticket Tax, Transaktionssteuer, etc.).
- Die Bundesregierung setzt laut Aussage der BMZ-Vertreter auf Einnahmen aus Emissionshandel und eine evtl. zunächst auf nationaler Ebene einzuführende Börsentransaktionssteuer, die Derivate und Over-the-counter-Produkte einschließen müsste.
- Beim Thema Sonderziehungsrechte (SDR) hat die Realität im G20-Prozess die Stiglitz-Kommission unerwartet eingeholt. Die Kommission wirbt nun für eine regelmäßige Zuteilung von SDR und – langfristig – für einen Aufbau eines neuen, globalen Systems der Währungsreserven über dieses Mittel (Argumentation: Krise wurde auch durch die US-Dominanz ausgelöst).
- Der Stiglitz-Bericht wird fordern, dass 1% der globalen Konjunkturprogramme an die EWL gehen. Weltbankpräsident Zoellick spricht von 0,7%. Das BMZ favorisiert zur Umsetzung eine neue Fazilität (Kreditlinie) unter Bretton Woods. Die Stiglitz-Kommission fordert die Schaffung einer neuen Institution.